

# Volkes Wille

Die Mehrheit der Bundesbürger befürwortet die Stammzellforschung. Aber eben nur die ethisch einwandfreie, mit köpereigenen Stammzellen. Nutzen aus der Tötung menschlicher Embryonen ziehen zu wollen – das lehnen die Deutschen, und hier vor allem die Frauen, ganz überwiegend ab.

Von Stefan Rehder

Das spätestens seit dem CDU-Bundesparteitag in Hannover offenkundige Bestreben von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesforschungsministerin Annette Schavan (beide CDU) deutschen Forschern durch eine Verlegung des Stichtags im Stammzellgesetz Zugang zu sämtlichen derzeit auf dem Markt befindlichen menschlichen embryonalen Stammzelllinien zu ermöglichen, stößt bei den Bürgerinnen und Bürgern auf wenig Gegenliebe.

Laut einer Mitte Januar in Berlin vorgestellten Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut TNS-Infratest im Auftrag des »Bundesverband Lebensrecht« (BVL) durchgeführt hatte, wollen ganze 61 Prozent der Bundesbürger, dass sich die Wissenschaftler auf die Forschung mit adulten Stammzellen sowie mit aus Hautzellen reprogrammierten Zellen, den so genannten IPS-Zellen, konzentrieren.

Rund zwei Drittel der Bundesbürger (65,2 Prozent) halten es darüber hinaus für »richtig«, dass in Deutschland laut dem Embryonenschutzgesetz »keine menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt und zerstört werden« dürfen. Nur ganze 26,9 Prozent der Befragten befürworten der Umfrage zufolge, dass in Deutschland außer an den ethisch unproblematischen adulten auch mit embryonalen Stammzellen geforscht werden kann, für deren Gewinnung menschliche Embryonen getötet werden müssen.

## Deutsche wollen nicht, dass Embryos »verbraucht« werden

Die von dem Meinungsforschungsinstitut im Auftrag des BVL erhobenen Daten basieren auf 1.000 Interviews, 799 in West- und 201 in Ostdeutschland, die TNS-Infratest Anfang Januar unter der

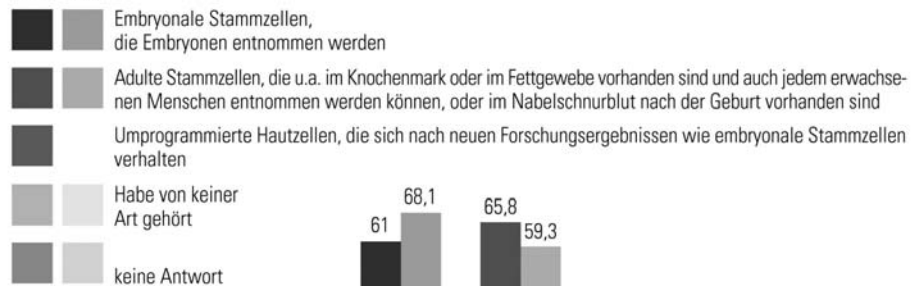
deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten geführt hatte. Die Interviews wurden im Rahmen einer telefonischen Mehrthemenbefragung über 306 so genannte »sample points« und damit über alle Bundesländer und

so die Ärztin weiter. Bereits im Januar 2007 hatte der BVL eine vergleichbare Umfrage mit nahezu identischen Fragen bei TNS-Infratest in Auftrag gegeben. Damals hatten sich 56,3 Prozent der Bevölkerung für die Forschung mit adulten

### Grafik 1: Stammzellarten

Frage: Ein viel diskutiertes Forschungsgebiet ist die Stammzellforschung, bei der mit Hilfe menschlicher Zellen nach neuen Therapiemöglichkeiten für schwere Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Parkinson oder Diabetes gesucht wird. Von welchen der folgenden Zellen wissen Sie, dass sie für die Forschung verwendet werden?

2008 2007



Alle Angaben in Prozent (%)

Bundesverband Lebensrecht (BVL) e. V.

Ortsgrößenklassen gestreut und erfüllen damit sämtliche Anforderungen, die an eine repräsentative Umfrage gestellt werden.

Die Vorsitzende des BVL, Claudia Kaminski fasste die Ergebnisse der Umfrage im Tagungszentrum der Bundespresskonferenz vor mehr als einem Dutzend Journalisten und einer Handvoll Abgeordneten so zusammen: »Deutschland ist für Forschung, aber eben nur an adulten Stammzellen.« »Jeder, der jetzt noch für eine Verlegung des Stichtags im Stammzellgesetz eintritt, muss sich darüber im Klaren sein, dass er Politik gegen die große Mehrheit der Bevölkerung macht«,

und gegen eine Forschung mit embryonalen Stammzellen ausgesprochen. Eine Forschung auch mit embryonalen Stammzellen, die aus menschlichen Embryonen gewonnen werden, befürworteten damals noch 32,9 Prozent. »Die aktuellen Ergebnisse« seien daher keine Momentaufnahme, sondern zeigten vielmehr »einen belastbaren Trend in Deutschland, der sich klar gegen die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen richtet«, betonte Kaminski.

Besonders sensibel erwiesen sich der Umfrage zufolge Frauen, die längst auch die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Bei ihnen überwiegt die Ablehnung der

Forschung mit embryonalen Stammzellen noch viel stärker als bei Männern. So sind laut TNS-Infratest 75,2 Prozent der Frauen dagegen, dass menschliche Embryonen zu Forschungszwecken verwertet werden dürfen. Bei den Männern lehnt mit 54,4 Prozent nur eine knappe Mehrheit die Forschung mit embryonalen Stammzellen



Dr. Claudia Kaminski

ab. Allerdings halten es auch nur 36,1 Prozent der Männer für »richtig«, dass menschliche Embryonen zu Forschungszwecken verwertet werden dürfen. Kaminski: »Das ist ein eindeutiges Signal. Frauen lehnen es vehement ab, als Rohstofflieferantinnen und Eizellspenderinnen für die Forschung in Betracht zu kommen. Auch Männer befürworten überwiegend einen strengen Embryonenschutz.«

Aufmerksam verfolgt wurde die Vorstellung der Ergebnisse der Umfrage auch von den Protagonisten des Versuchs einer Ausweitung der embryonalen Stammzellforschung. Sowohl die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als auch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hatten Beobachter zu der Pressekonferenz entsandt. Und was diese an Zahlen alles zu hören und als Balkendiagramme zu sehen bekamen, dürfte wohl reichlich ernüchternd gewesen sein. So lautete denn ein weiterer wichtiger Befund: In allen Altersklassen befürworten inzwischen deutlich weniger Bundesbürger eine Forschung an embryonalen Stammzellen als noch vor einem Jahr. Selbst in der Altersgruppe »60 Jahre und älter«, die von einer funktionierenden Therapie mit embryonalen Stammzellen wohl am ehesten

profitieren würde, befürworten nur noch 29,7 Prozent der Befragten, dass in Deutschland außer mit adulten Stammzellen auch an embryonalen Stammzellen geforscht wird. 2007 waren es noch 33,6 Prozent gewesen. Besonders stark zurückgegangen ist die Tolerierung der embryonalen Stammzellforschung bei den 14



Robert Antretter

bis 29-jährigen und 30 bis 39-jährigen. Hier begrüßen nur noch 26,9 beziehungsweise 24,7 Prozent der Bundesbürger, dass neben mit adulten auch mit embryonalen Stammzellen geforscht werden darf. 2007 vertraten in diesen Altersklassen noch 37,8 beziehungsweise 37,9 Prozent der Befragten eine solche Ansicht.

Der Vorsitzende der »Bundesvereinigung Lebenshilfe« Robert Antretter, der viele Jahre als Abgeordneter der SPD dem Deutschen Bundestag angehörte und Mitglied in der Bioethik-Kommission des Freistaates Bayern ist, führte den extremen Rückgang auf die nicht eingelösten Heilsversprechen der Forscher zurück. Die Bürgerinnen und Bürger hätten »die Nase einfach voll von Heilsversprechungen, die nicht eingehalten werden«, so Antretter, der vom BVL als unabhängiger Experte und Vertreter des größten Verbandes der Behindertenselbsthilfe zu der Pressekonferenz in Berlin hinzugebeten worden war. Antretter erinnerte in diesem

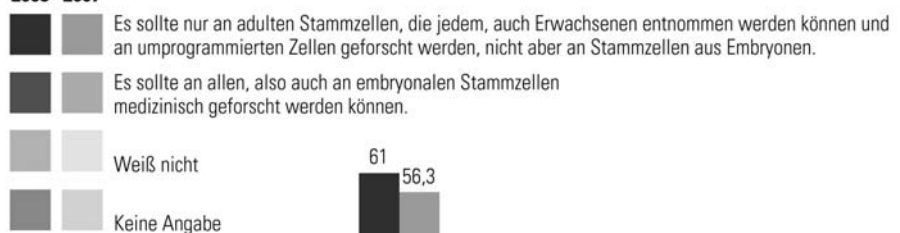
## »Die Heilversprechungen wurden nicht eingelöst.«

Zusammenhang unter anderem an den Bonner Stammzellforscher Oliver Brüstle, der im Jahr 2000 vollmundig geäußert hatte: »Uneingeschränkte Vermehrbarkeit und Pluripotenz« machten embryonale Stammzellen »zu einer unerschöpflichen Spenderquelle für die Transplantationsmedizin« und versprochen hatte: »Nervenzellen für Parkinson-Patienten, Herzmuskulatur für Infarktoper, insulinbildende Zellen für Diabetiker und blutbildende Zellen für Leukämiekranken sind nur einige der Visionen, die sich an die neue Technologie knüpfen.« Heute müsse man feststellen, dass keine dieser Erwartungen eingetreten sei. Wenn nun be-

### Grafik 2: Forschung an Stammzellen

Frage: Zur medizinischen Forschung können sowohl menschliche embryonale Stammzellen verwendet werden als auch adulte Stammzellen, die jedem erwachsenen Menschen entnommen werden können. Heilungs- und Therapieerfolge sind bisher nur mit adulten Stammzellen erzielt worden. Vor kurzem haben Forscher einfache menschliche Hautzellen so umprogrammiert, dass sie sich wie embryonale Stammzellen verhalten. Es gibt aber auch Forscher, die sich Erfolge von der Forschung an embryonalen Stammzellen erhoffen. Um embryonale Stammzellen zur Forschung zu gewinnen, müssen menschliche Embryonen erzeugt und zerstört werden. Was befürworten Sie?

2008 2007



Alle Angaben in Prozent (%)

Bundesverband Lebensrecht (BVL) e. V.

hauptet werde, die embryonale Stammzellenforschung sei notwendig um weitere Fortschritte auf dem Gebiet der adulten Stammzellenforschung zu erzielen, »dann kann ich nur sagen, niemand hat bis jetzt begründet, weshalb das so sein soll«, so Antretter weiter, der darauf verwies, dass »entsprechende Anfragen von Parlamentariern bis heute nicht konkret beantwortet« worden seien.



Hartmut Steeb

Auch wenn es sich bei der Diskussion um die embryonale Stammzellforschung nicht um ein Thema handelt, von dem eine direkte Bedrohung für behinderte Menschen ausgehe, sei doch festzuhalten, dass bei einer breiten Liberalisierung, die auf diesem Sektor »von der Forschung und Teilen der Politik angestrebt« werde, »Menschen mit geistiger Behinderung besonders ins Blickfeld rücken.« Das habe damit zu tun, wie solche Forschungsanstrebungen begründet würden. So würden Behinderungen »zum Leid« erklärt, das es abzuwenden gelte. Dabei würden rechtliche und ethische Grenzen einfach übergangen, wie Antretter am Beispiel der Forderung nach Zulassung der in Deutschland verbotenen Präimplantati-

### Rechtliche und ethische Grenzen werden missachtet.

onsdiagnostik (PID) illustrierte: »Nehmen Sie die Frage der PID. Dies ist eine Methode, mit der das Erbgut eines Embryos auf ungewünschte Erbanlagen ge-

testet werden kann.« Hier werde »das Überlebensrecht eines Embryos an die Nichtexistenz einer Behinderung geknüpft«. Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete ließ keinerlei Zweifel daran, dass »die Zulassung der PID das Menschenbild verändern« würde, und damit an den »Kern einer humanen Gesellschaft« rühre: »Nämlich solidarisch mit den Schwachen zu sein.« Die embryonale Stammzellforschung sei ein weiteres »Glied in der unheilvollen Kette«, welche ein Schwenden der »Solidarität mit den Schwachen« heraufbeschwöre. »Wenn es um den Schutz der Menschenwürde geht«, sei die Gesellschaft daher aufgerufen, »der Forschung Grenzlinien zu ziehen, die nicht überschritten werden dürfen.« Mit dem Embryonenschutzgesetz und dem Stammzellgesetz sei dies in Deutschland ansatzweise gelungen. Das habe »nichts mit fundamentalistischen

nach dem Willen der Mehrheit. Hier ist er.«

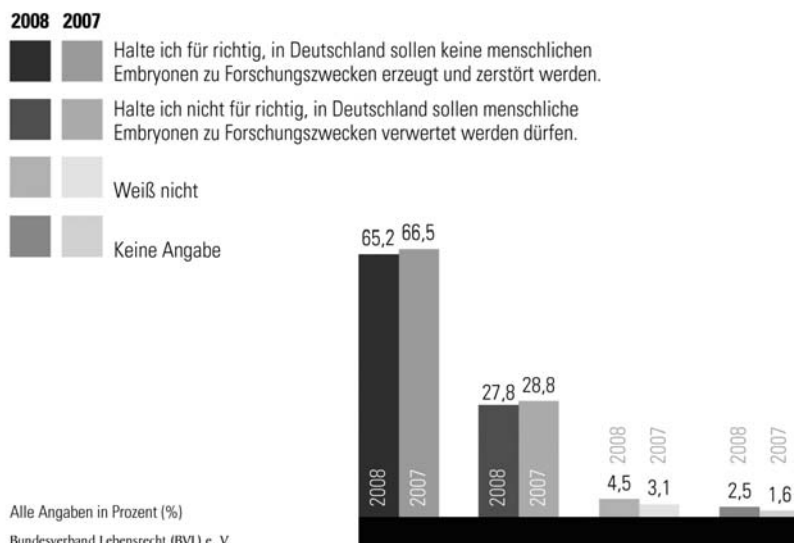
Auch die katholische Bischofskonferenz nahm die Umfrage zum Anlass, sich noch einmal zu der Frage der Forschung mit

### Embryonen nicht wie ein Verbrauchsgut behandeln.

embryonalen Stammzellen zu äußern. Nachdem sich Karl Kardinal Lehmann bereits einen Tag vor der Veröffentlichung der Umfrageergebnisse grundsätzlich gegen eine Embryonen verbrauchende Forschung gewandt und hervorgehoben hatte, dass der Mensch sich nicht zum Menschen, sondern als Mensch entwickle, forderte der Sekretär der Deutschen Bischofskon-

Grafik 3: Embryonenschutzgesetz

Frage: Deutschland hat ein klares Embryonenschutzgesetz, das es verbietet, einen menschlichen Embryo für einen wissenschaftlichen oder medizinischen Zweck zu verwenden, der nicht dem Leben des Embryos dient. Was halten Sie von dieser Regelung?



Eifer« zu tun, sondern damit, dass Menschenwürde ein »absoluter Wert« sei, »der nicht gegen andere Werte aufgerechnet oder relativiert werden kann«, so Antretter weiter.

Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, forderte in Berlin die Abschaffung des Stammzellgesetzes. Die vergangenen sechs Jahre zeigten deutlich, dass das Gesetz gescheitert sei. »Darum wäre die richtige Konsequenz, das Gesetz aufzulösen und Forschung an Embryonen und embryonalen Stammzellen ohne Ausnahme zu verbieten.« Mit Blick auf die Umfrage fügte Steeb hinzu: »Politiker fragen

ferenz, der Jesuitenpater Hans Langendörfer, von der Politik, die Haltung der Bevölkerung bei den Entscheidungen zum Stammzellgesetz zu berücksichtigen. Die Mehrheit der Befragten stehe der humanen embryonalen Stammzellforschung ablehnend gegenüber. Langendörfer bekräftigte, dass die katholische Kirche eine Embryonen verbrauchende Forschung sowie jeden Kompromiss zu Lasten des menschlichen Lebens ablehne. Embryonen dürften niemals wie ein Verbrauchsgut angesehen werden. Das bedeute keinen Verzicht auf Forschung, sondern einen kreativen Umgang mit Alternativen, so Langendörfer.